



ZRM-Veranstaltung in der Rheingoldhalle Mainz am 22.08.2013 soll Positionen zur Fluglärmbelastung ermitteln – Änderung der Fluglärmgesetzgebung gefordert



Die Initiative Zukunft Rhein-Main (ZRM) - der Verbund von 30 Kommunen, gesellschaftlichen Gruppierungen sowie der Landeshauptstadt Mainz, welche bereits seit dem Jahr 2001 gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens kämpft, wird am **Donnerstag, 22. August 2013 ab 19.00 Uhr in der Mainzer Rheingoldhalle** neue Wege beschreiten.

Angesichts der weiter wachsenden massiven Beschwerden in der Region über die Belastungen durch Fluglärm trotz stagnierender Flugbewegungen in den aktuellen Sommermonaten nutzt die ZRM die Phase vor den anstehenden Wahlen - gerade auch zum hessischen Landtag, aber auch der Bundestagswahl am Sonntag, 22. September 2013 - um das vielen Menschen auf der Seele brennende Thema Fluglärm erneut in den Fokus zu rücken.

„Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger denken, dass der Kampf gegen die Fluglärmbelastung weitgehend aussichtslos sei. Dieser pessimistischen Sicht möchten wir klar entgegen wirken“, hoffen Oberbürgermeister Michael Ebling als auch Umweltdezernentin Katrin Eder auf klare Positionierungen und deutliche Signale gegen den Ausbauwahn auf dem Podium.

„Natürlich wird auch die ZRM - und damit auch die Stadt Mainz - ihre Positionen und Forderungen unmissverständlich benennen und konkrete Antworten und Lösungsangebote einfordern“. Zahlreiche Kandidaten zur hessischen Landtagswahl wie auch der Bundestagswahl sind auf das Podium geladen.

Denn Ausbaukritiker sehen durchaus einen möglichen Hebel zur Deckelung zusätzlicher Belastungen aufgrund steigender Flugzahlen in einer Optimierung der Fluglärmgesetzgebung: „Die Flugverkehrswirtschaft hat mit ihrem grenzenlosen Wachstumsdrang gerade bei uns in der Rhein-Main-Region **die hier lebenden Menschen völlig aus den Augen verloren**.

Das ist nicht hinnehmbar - und diese Überzeugung findet sich immer stärker auch auf politischer Ebene“, so Ebling und Eder. „Eine effektiver Schutz der Bevölkerung vor Lärmbelastungen kann am besten über die Fluglärmgesetzgebung erreicht werden“.

Hierzu müsse vor allem auch die hessische Landesregierung den kritischen Stimmen der Bevölkerung zu den enormen Lasten des Ausbaus größeres Gewicht beimessen. Nicht zuletzt stehe auch der einklagbare Schutz vor Gesundheitsschäden, die durch Fluglärm nachweislich verursacht werden, wie jüngste Studien der Mainzer Uniklinik belegen, im Fokus.

Ebling und Eder: „Nicht zufällig zieht nun ein Bürger aus gesundheitlichen Gründen gegen Fraport-Chef Schulte vor Gericht. Der Flughafen agiert eben nicht im luftleeren Raum und realisiert seine Bilanzen auf dem Rücken einer ganzen Region und zu Lasten der Gesundheit von Hunderttausenden von Menschen. Am 22. August wird die ZRM mit dieser Veranstaltung den Kandidaten deutliche Worte und Positionen abverlangen und jedem auf den Zahn fühlen.“



Wir meinen: Den Helicopter-Fluglärm vom Airfield Erbenheim (Betrifft auch AKK in besonderem Maße) nicht ausklammern oder vergessen...!